



Regierungsratsbeschluss vom 04. Juni 2024

Ständerat; Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK; 21.403 n Pa. Iv. WBK-NR. Überführung der Anstossfinanzierung in eine Zeitgemässe Lösung; Bundesgesetz über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern (UKibeG); Vernehmlassung

P240307

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates.

Begründung

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) schlägt eine neue Familienzulage, sog. Betreuungszulage, zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 21.403 «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» vor. Ziele der Betreuungszulage sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Der Vorschlag basierend auf den gesetzlichen Grundlagen des Familienzulagengesetzes bezieht die Wirtschaft in die Finanzierungsverantwortung ein. Der Bund beteiligt sich im Rahmen von Programmvereinbarungen finanziell an der Weiterentwicklung der institutionellen Kinderbetreuung und der Politik der frühen Förderung der Kantone. Der Regierungsrat unterstützt die von der WBK-S vorgeschlagene Einführung einer Betreuungszulage zur Senkung der Kosten für die institutionelle Kinderbetreuung. Die Eingliederung der Betreuungszulage in das bewährte System der Familienzulagen gewährleistet eine einfache Durchführbarkeit und wahrt die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen.

